

REVISION UND EXPANSION

Überlegungen zur Zielsetzung, Methode und Planung der Tschechoslowakei-Politik Hitlers*

Von Jörg K. Hoensch

Planvoll und unbeirrbar hat Hitler die „Zerschlagung“, „Zerschmetterung“, „Vernichtung“ der Tschechoslowakei als eines der Nahziele seiner Außenpolitik verfolgt und am 15. März 1939 zum Abschluß gebracht. Der Anschluß Österreichs und die „Beseitigung der Tschechei“ erschienen ihm als die wichtigsten Schritte zur Lösung der „deutschen Frage“. Seinen Außenminister, den Kriegsminister und die Oberbefehlshaber der Streitkräfte hatte er am 5. November 1937 in beunruhigender Eintönigkeit von der Notwendigkeit eines „Schlages gegen die Tschechei“, des „Krieges gegen die Tschechei“, der „Erledigung der tschechischen Frage“, des „Handelns gegen die Tschechei“, eines „Überfalls auf die Tschechei“ und der Niederwerfung der Tschechei zu überzeugen versucht. Das „Deutschtum in der Tschechoslowakei“ war dagegen nur einmal am Rande des vierstündigen Monologs erwähnt worden¹. Als Hitler schließlich am 30. Mai 1938 seinen „unabänderlichen Entschluß“ verkündete, „die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen“², konnte das Schicksal der CSR trotz ihres umfassenden Bündnissystems als besiegelt gelten. Die an ihr im Münchner Abkommen vollzogene Amputation und der — in den Worten Weizsäckers — kaum fünf Monate darauf eingeleitete „chemische Auflösungsprozeß“³ wurden durch den Zusammenbruch des Systems der kollektiven Sicherheit ermöglicht. Während Hitler die grundsätzlichen Mängel dieses Systems schon vor 1933 auszunutzen vermocht hatte, um zur Macht im Staate zu gelangen, so verstand er es nach dem Einzug in die Reichskanzlei, alle Lücken des Systems zu entdecken, sie zu vergrößern und es schließlich zu sprengen.

Durch materialreiche Aktenveröffentlichungen, durch die Memoiren und die Apologien beteiligter Zeitgenossen und durch eine — heute selbst für

* Diesem Aufsatz liegt ein Vortrag zugrunde, der am 20. Februar 1968 in München im Rahmen eines vom Institut für Zeitgeschichte veranstalteten Colloquiums tschechoslowakischer und deutscher Historiker über die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen gehalten wurde.

¹ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918—1945. Serie D, Bd. I (künftig: ADAP, D, I), Nr. 19, Niederschrift des Obersten Hoßbach vom 10. November 1937 über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5. November 1937.

² ADAP, D, II, 221.

³ ADAP, D, II, 304.

den Experten kaum mehr überschaubare — Flut von Monographien und von Artikeln sind wir sowohl über die Grundzüge als auch die Einzelheiten der deutschen Außenpolitik in den Jahren des Dritten Reiches ausreichend unterrichtet. Es wird hier also nicht der Versuch unternommen werden, den Ablauf der außenpolitischen Ereignisse in den Jahren von 1933 bis 1937 lückenlos darzustellen und alle diplomatischen Interdependenzen aufzuzeigen. Auf eine Behandlung der wirtschaftspolitischen Aspekte als Triebmittel der Hitlerschen Großraumpolitik wird bewußt verzichtet. Auch die Hitler als scheinheilige Begründung für die Liquidation der ČSR dienende „Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes“ und die „nationale Bedrückung“ der Sudeten-deutschen durch die tschechoslowakischen Behörden soll ausgeklammert bleiben. Die Beschränkung auf eine knappe, wesentlich auf Zeugnisse für sein eigenes Denken basierende Analyse von Hitlers außenpolitischer und strategischer Zielsetzung, Methode und Planung am Beispiel seines Vorgehens gegen die Tschechoslowakei sollte dennoch genügen, um das Verhältnis von Volkstumsfragen und Expansionspolitik und, allgemeiner, das Verhältnis von Diplomatie und Strategie, von Außenpolitik und militärischer Planung zu bestimmen. Die Konzentration auf Hitler, der als Reichskanzler schließlich auch gegen Widerspruch und Widerstand der verantwortliche und bis in Einzelheiten richtunggebende Leiter der deutschen Politik war, soll die historische Bedeutung und das moralische Gewicht der Teilhabe nicht verringern oder gar ausschließen.

Obwohl Edvard Beneš einer der wenigen Staatsmänner gewesen sein dürfte, der sich — ebenso wie Litvinov und Barthou — bereits vor der Machtergreifung mit den von Hitler im zweiten Band von „Mein Kampf“ geäußerten Zielen und Methoden einer künftigen nationalsozialistischen Außenpolitik beschäftigt hatte, so scheinen diese maßlosen, dilettantischen, im Gehalt aber eindeutigen Gedanken keinen nachhaltigen Eindruck auf ihn hinterlassen zu haben. Zu unglaublich klangen diese Thesen eines radikalisierten Darwinismus, unter denen Schlagworte wie „Bodenerwerb“ oder „Lebensraum“ und ein fanatischer Rassismus zu einem ideologisierten Bestandteil der Außenpolitik erhoben wurden. Das Ziel, die Zerschlagung des französischen Paktsystems in Europa und danach die Errichtung eines osteuropäischen Imperiums für das — nach Hitlers Vorstellungen — einmal auf 300 Millionen anwachsende deutsche Volk, dessen Reichtum und Macht auf den slawischen Helotenvölkern ruhen sollte, schien ganz einfach zu illusionär, um ernst genommen zu werden. Zudem hatte Hitler mehrfach den Primat der Innenpolitik hervorgehoben: Erst wenn „dem Volke . . . die Kraft in der Form des freien Machtstaates“ wiedergegeben worden war, dann erst waren die Voraussetzungen für die „Vorbereitung zur Wiedererringung der Freiheit von morgen“ geschaffen⁴. Außenpolitik bedeutete für Hitler in der ersten Phase immer zugleich und zuerst revolutionäre

⁴ Hitler, Adolf: Mein Kampf. München 8 1931, S. 687.

Innenpolitik. Diese Auffassung hat Hitler ein Jahr vor der Machtergreifung in seiner bekannten Rede vor westdeutschen Wirtschaftsführern im Industrie-Klub zu Düsseldorf erneut unterstrichen: „Nicht das außenpolitische Primat kann unser inneres Handeln bestimmen, sondern die Art unseres inneren Handelns ist bestimmend für die Art unserer außenpolitischen Erfolge, ja sogar unserer Zielsetzung überhaupt“⁵.

Hatten aber die mit Hilfe der Außenpolitik beschworenen und auf innere Ziele konzentrierten sozialen Energien zu einer radikalen Umgestaltung der inneren Verhältnisse und der Festigung des Regimes beigetragen, dann konnten sie ihre Entladung wieder durch das klassische Ventil der Außenpolitik finden⁶. Danach erst war die Zeit gekommen, „die Befreiung unterdrückter, abgetrennter Splitter eines Volkstums oder von Provinzen eines Reiches“ vorzunehmen, die nicht stattfinden konnte „auf Grund eines Wunsches der Unterdrückten oder eines Protests der Zurückgebliebenen, sondern durch die Machtmittel der mehr oder weniger souverän gebliebenen Reste des ehemaligen gemeinsamen Vaterlandes“⁷. Was Hitler 1926 als programmatische Forderung geschrieben hatte — „Besitzt unser Volk aber eine Staatsleistung, die darin ihre Mission sieht, so werden keine sechs Jahre vergehen und der kühnen außenpolitischen Leitung des Reiches wird ein ebenso kühner Wille eines freiheitsdurstigen Volkes zur Verfügung stehen“⁸ —, sollte er nach der Machtergreifung präzise erfüllen. Diese Grundkonzeption einer „großdeutschen Volkstumspolitik“, die nach Hitlers Vorstellung nur mit Waffengewalt zu erreichen war, hatte 1928 Gottfried Feder in seinen Erläuterungen des Parteiprogramms noch radikaler aufgegriffen und den Anspruch auf die Vereinigung aller erhoben, „die deutschen Blutes sind, ob sie heute unter dänischer, polnischer, tschechischer, italienischer oder französischer Oberhoheit leben . . . , in einem deutschen Reich“⁹. Aber nicht nur an die kriegerische „Befreiung“ deutschbesiedelter Gebiete dachte Hitler: Die „Grenzen der Lebensräume anderer Völker“ waren für ihn zufällige „Augenblicksgrenzen“, denn „Staatsgrenzen werden von Menschen geschaffen und durch Menschen geändert. Die Tatsache des Gelingens eines unmäßigen Bodenerwerbs durch ein Volk ist keine höhere Verpflichtung zur ewigen Anerkennung derselben. Sie beweist höchstens die Kraft der Eroberer und die Schwäche der Dulder. Und nur in dieser Kraft allein liegt dann das Recht“¹⁰. Schon vor dem von Hitler in Aussicht genommenen „Zug nach dem Osten“, bei dem für Deutschland „die ihm gebührende Stel-

⁵ Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932. München o. J. [1932], S. 6 f., 24 ff., 31.

⁶ Vgl. dazu die Überlegungen von Broszat, Martin: Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus. Deutsche Rundschau 84 (1958) 53 ff. und von Schubert, Günter: Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik. Köln (1963), S. 239 f.

⁷ Hitler: Mein Kampf 686.

⁸ Hitler: Mein Kampf 716.

⁹ Feder, Gottfried: Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen. München 3 1928, S. 19.

¹⁰ Hitler: Mein Kampf 740.

lung auf dieser Erde“ sichergestellt und es „eines Tages zum Herrn der Erde“ gemacht werden sollte¹¹, hatte die ČSR in seinen Augen jede Daseinsberechtigung verloren. Denn „in den Mittelpunkt“ Europas wollte Hitler „den stählernen Kern eines zu unverbrüchlicher Einheit geschmiedeten, großen Deutschland stellen. Österreich, Böhmen und Mähren, den polnischen Westen. Den Block von 100 Millionen, unzerstörbar, ohne Riß und ohne fremde Nationen“¹². Germanisierung des „rassisch wertvollen Bevölkerungsteils“, Umsiedlung oder Vernichtung schien bei einer Verwirklichung dieses Plans dem tschechischen Volk zu drohen.

Man wird nun nicht erwarten dürfen, daß sich die Realisierung dieser Belege für eine seit den zwanziger Jahren auf Raumgewinn, Krieg und Ausrottung hin angelegte außenpolitische Konzeption geradlinig und völlig widerspruchslos nach der Machtergreifung nachweisen läßt, so als ob der Ablauf des Geschehens von Hitler von Anfang an bis in die Einzelheiten hinein und unter genauer Terminfestlegung eingeplant gewesen wäre. Die Führungsspitze der Reichswehr machte er zwar schon vier Tage nach seinem Einzug in die Reichskanzlei mit seinen radikalen Vorstellungen einer „Wiedergewinnung der politischen Macht“ und der Schaffung einer absoluten Kampf- und Wehrbereitschaft des ganzen Volkes durch „strafste autoritäre Staatsführung“ bei der Alternative vertraut: „Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Möglichkeiten, vielleicht — und wohl besser — Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung“¹³. Die „völlige Umkehrung der gegenwärtigen innenpolitischen Zustände“ und die Hindernisse bei der inneren Gleichschaltung haben von Hitler bei der Festlegung seiner außenpolitischen Taktik ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit und Improvisationsvermögen verlangt. „Ich bin nicht Reichskanzler geworden“, erklärte er am 2. November 1933 in Weimar, „um anders zu handeln, als ich 14 Jahre lang gepredigt habe“¹⁴. Dank seines klaren Programms und in zielbewußter, skrupelloser Verfolgung des einmal eingeschlagenen Kurses gelang es Hitler durch ein verwirrendes Lavieren zwischen Kontinuität und Neueinsatz in erstaunlich kurzer Zeit, die Verfechter des Status quo und die Protagonisten einer „appeasement-policy“ in die Verteidigungsstellung zu drängen. Versprechen und Drohungen, Friedensvorschläge und Bündnisangebote, die Aufhebung bestehender und der Abschluß neuer Verträge verhalfen ihm zur Unterhöhlung des vom Völkerbund garantierten Systems der kollektiven Sicherheit. Daß sich Hitler durch das Ausbleiben großer Erfolge, durch empfindliche Rückschläge und durch die relative Isolierung Deutschlands in den ersten zwei Jahren seiner Herrschaft von seinen einmal konzipierten Zielen nicht abbringen ließ, zeugt

¹¹ Hitler: *Mein Kampf* 782.

¹² Rauschnig, Hermann: *Gespräche mit Hitler*. Zürich usw. 1940, S. 118. Vgl. auch S. 30 und 44 ff.

¹³ Aufzeichnung des Generalleutnants Liebmann, zit. nach Vogelsang, Thilo: *Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr*. VfZ 2 (1954) 434 f.

¹⁴ *Völkischer Beobachter*, 3. November 1933.

von seinem blinden Vertrauen in die zehn Jahre zuvor gewonnene Überzeugung einer „inneren Verrottetheit“ der westlichen Demokratien. Das traditionell gute deutsch-russische Verhältnis war tief abgekühlt; mit dem Austritt aus dem Völkerbund hatte Hitler der Sowjetunion den Weg nach Genf geöffnet. Das Dollfuß-Attentat hatte zu einer empfindlichen Störung der sich anbahnenden Freundschaft mit Mussolini geführt und Hitler zu einem Zurückstecken in der Anschlußfrage gezwungen. Der deutsch-polnische Vertrag vom 26. Januar 1934 war zwar ein gewisser Erfolg, aber er mußte erkauf werden mit einem Aufgeben deutscher Revisionsforderungen, für die die europäische öffentliche Meinung relativ günstig gestimmt war¹⁵. Und trotz allem hatte gerade in diesem Zeitraum durch die innenpolitische Gleichschaltung und den Bruch mit der friedlichen Revisionstaktik der Weimarer Außenpolitik Hitlers Zielsetzung und Methode nur noch an Schärfe gewonnen. Der im Ausland weit verbreitete Illusionismus und Immobilismus haben nicht unwesentlich dazu beigetragen, die folgende Phase aktiver nationalsozialistischer Außenpolitik vorzubereiten.

Auch heute bleibt es noch ein schwerverständliches Phänomen, wie es Hitler gelingen konnte, die wahren, von Anfang an so offen dargelegten Ziele seiner Außenpolitik nach der Machtergreifung zu camouflieren und den Eindruck zu erwecken, er strebe nur eine Revision des Versailler Vertrags, vornehmlich in der Frage der militärischen Gleichberechtigung und der deutschen Ostgrenzen, an. Hitler hat sich Ribbentrop gegenüber einmal geäußert, „es sei sein größter Fehler gewesen, daß er die außenpolitischen Kapitel seines Buches ‚Mein Kampf‘ veröffentlicht habe“¹⁶. Die Vertreter einer Aufrechterhaltung der Versailler Ordnung haben sich trotz ihres anfänglichen Mißtrauens gegenüber Hitler jedoch erst dann zu einer Koordinierung ihrer Abwehrmaßnahmen bereit gefunden, als der Diktator bereits fest im Sattel saß und die zu Beginn festgefügte Front der Gegner durch geschickte Schachzüge durchlöchert hatte. Vielleicht ist diese anfängliche Tolerierung dadurch zu erklären, daß Hitler Nahziele zu verfolgen vorgab, die als ein Anliegen des deutschen Volkes in seiner Mehrheit gelten konnten, und die auch von weiten Kreisen des Auslands, vornehmlich in Großbritannien, als berechtigt anerkannt wurden. Für Hitler aber war dieses revisionistische Programm, das in der Forderung der militärischen Gleichberechtigung der Deutschen, nach der Vereinigung mit Österreich, nach der Beachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen und selbst ihrer Vereinigung mit dem Reich, nach einer Änderung der Korridorregelung und der Rückgliederung Danzigs „nationale“ und von fast allen deutschen Parteien vertretene und als legitim erachtete Gravamina aufzugreifen schien, nicht Ziel oder Zweck seiner Außenpolitik, sondern nur ein Mittel. In der Wertung dieser Politik scheiden sich deshalb auch heute noch die Geister:

¹⁵ Vgl. die Überlegungen von Bracher, Karl Dietrich: Das Anfangsstadium der Hitlerschen Außenpolitik. VfZ 5 (1957) 69—74.

¹⁶ Ribbentrop, Joachim von: Zwischen London und Moskau. Leoni 1953, S. 43.

Für die einen ist die Außenpolitik des Dritten Reiches, abgesehen von der Methode, solange — und damit bis zum 15. März 1939 — gerechtfertigt, als sie die Revision in einem als „vernünftig“ gebilligten Rahmen betrieb. In der entgegenstehenden Betrachtungsweise wird die durchaus beweisbare Tatsache, daß Hitler an Österreich, an den Sudetendeutschen, am Korridor und an Danzig nichts lag und er die Revision des Versailler Vertrags nur betrieb, um ein Sprungbrett für weitere Eroberungen zu gewinnen, zum Anlaß genommen, um die Berechtigung der außenpolitischen Ansätze des Dritten Reiches überhaupt abzulehnen. Die häufig vertretene — und zur Klarlegung der Problemstellung überspitzt formulierte — Auffassung, der totalitäre Staat sei eo ipso als ein aggressiver und imperialistischer anzusehen, der die eigentlich „nationalen“ und begrenzten Ziele nie als einen Selbstzweck anstrebe und sie immer nur als Mittel für größere Pläne vorbringe, hat daher in der Geschichtsschreibung bei der Beurteilung der Außenpolitik Hitlers gegenüber der ČSR nicht immer zu einer Aufhellung der Hintergründe beigetragen¹⁷.

Übereinstimmung bei der Beurteilung der nationalsozialistischen Außenpolitik ist jedoch in dem einen Punkt erzielt worden, daß sich nämlich der anfängliche Verzicht Hitlers auf schwerwiegende persönliche Eingriffe in die Struktur des Auswärtigen Amtes ausgezahlt hat. Die Wahrung der außenpolitischen Fassade und das Vertrauen, das nicht nur in Deutschland in die Person des Außenministers, in den Freiherrn Konstantin von Neurath, als Bremsklotz für außenpolitische Abenteuer gesetzt wurde, haben Hitler geholfen, manche mißliche Anfangssituation zu überstehen. Das Beibehalten und Verschieben altangesehener Diplomaten verschaffte dem neuen Regime Glaubwürdigkeit und förderte die Appeasement-Illusionen. Die von Hitler noch 1932 erwogene Ernennung des durch seine Schrift „Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik“ (München 1927) „qualifizierten“ Rosenberg zum Außenminister oder zum Staatssekretär im AA wurde daher zurückgestellt, weil sie anfangs innenpolitisch kaum durchzusetzen gewesen und im Ausland als ein Bekenntnis zu einer doktrinär ideologischen Außenpolitik aufgefaßt worden wäre. Doch als Träger einer verantwortlichen, abgewogenen Außenpolitik hatten die „gelernten“ Diplomaten, die die Gefährlichkeit des außenpolitischen Dilettanten Hitler unterschätzten und mit einer gewissen Überheblichkeit auf ihre Unersetzbarkeit pochten, unter dem „Führer“ ausgedient. Aus den für Hitlers eigene Psychologie charakteristischen abwertenden Äußerungen über die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes¹⁸ und den Überlegungen Goebbels geht hervor, daß „die vorhandenen Diplo-

¹⁷ Aufschlußreich in dieser Richtung ist der Aufsatz von Freund, Michael: Hitlers Außenpolitik. Ihre Gestalt und ihre Lehren für die Gegenwart. Außenpolitik 6 (1955) 413—419.

¹⁸ Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941/42. Stuttgart 1963, S. 238 und 443. — Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40. Hrsg. von H.-G. Seraphim. Göttingen 1956, S. 111.

maten in Unkenntnis über die Hintergründe der Politik“ gehalten werden mußten. „Sie müssen manchmal eine Rolle spielen, zu der sie nicht die nötigen schauspielerischen Fähigkeiten mitbringen“, vermerkte Goebbels in seinem Tagebuch¹⁹. Auch in der entscheidenden Krisenphase im Jahre 1938/39 ist die deutsche Diplomatie kaum über die einfluß- und hilflose Repräsentationspose hinausgekommen, die zu der von Margret Boveri treffend benannten „Dienstbotenatmosphäre“ in der Wilhelmstraße unter Ribbentrop geführt hat²⁰. Die für Hitlers Herrschaftstechnik so charakteristischen Parallel-Organisationen wie das im März 1933 als Ersatzpfründe für Rosenberg eingerichtete Außenpolitische Amt, die bereits 1931 gegründete Auslandsorganisation der NSDAP unter dem ambitiösen Ernst Bohle, das Büro Ribbentrop und das Propagandaministerium machten sich alle den Rang streitig, die wahren Interpreten der außenpolitischen Intentionen Hitlers zu sein. Die bereits in der Weimarer Republik geschaffenen Institutionen zur kulturellen Betreuung der Auslandsdeutschen wurden ebenfalls gleichgeschaltet und wie der „Verein (bald Volksbund) für das Deutschtum im Ausland“ unter Hans Steinacher und der „Verband der deutschen Minderheiten in Europa“ unter der Oberaufsicht von Rudolf Heß in seiner Funktion als „Stellvertreter des Führers“ für die Ziele der Hitlerschen Expansionspolitik pervertiert. Heß hatte sich von Hitler am 27. Oktober 1933 in seiner Rolle als Alleinverantwortlicher für die Volkstumspolitik gegenüber den Sudetendeutschen bestätigen lassen und am 13. März 1934 die Pflichten an den VDA deligiert²¹. Als sich ein als Dachorganisation gedachter „Volksdeutscher Rat“ unter dem Geopolitiker Prof. Karl Haushofer als Präsidenten und Steinacher als Sekretär, in dem auch Ribbentrop und Bohle Sitz und Stimme hatten, nicht bewährte, um die Machtkämpfe der auf dem außenpolitischen Sektor rivalisierenden Organisationen auszuschalten, ließ Heß den „Volksdeutschen Rat“ einschlafen und setzte als Koordinationsstelle aller Maßnahmen gegenüber den Sudetendeutschen das „Büro von Kursell“ ein, das im Bedarfsfall Staats-, Partei- und Privatorganisationen zu Konsultationen heranzuziehen hatte²². Die Einrichtung der „Volksdeutschen Mittelstelle“ unter SS-Obergruppenführer Werner Lorenz am 1. Januar 1937 markiert dann den Einschnitt, nach dem — bereits unter dem Schatten Heinrich Himmlers und mit tätiger Mithilfe des Sicherheitsdienstes — über die Sudetendeutschen hinaus alle deutschen Volksgruppen Europas als „Fünfte Kolonnen“ des Nationalsozialismus mobilisiert werden sollten²³. Verantwort-

¹⁹ Goebbels' Tagebücher aus den Jahren 1942—43. Hrsg. von L. P. Lochner. Zürich 1948, S. 89.

²⁰ Frankfurter Allgemeine, 28. September 1957.

²¹ Documents on German Foreign Policy 1919—1939. Serie C, vol. II (künftig: DGFP, C, II), Nr. 330, 361; III, 16 und S. 43 Anm. 7.

²² DGFP, C, III, S. 995 Anm. 4; V, 480; Pol. Archiv AA, Film 8772/E 611359—61 und K 2312/K 658603/1.

²³ Die knappste, wenn auch heute in Teilen bereits überholte Darstellung der auf außenpolitischem Sektor arbeitenden Parallelorganisationen des „Dritten Reiches“ bietet Brown, MacAllister: *The Third Reich's Mobilization of the German Fifth*

liche Diplomaten wie von Bülow, Köpke, von Mackensen und nach ihm von Weizsäcker im AA, wie der zwischen 1921 und 1935 schließlich als Doyen des diplomatischen Korps sein Land in Prag vertretende alte National-Liberale Dr. Walter Koch oder der korrekte und auf Ausgleich bedachte Berufsdiplomat Dr. Ernst Eisenlohr haben, durch die neuen Organisationen in ihrem Wirkungskreis eingeschränkt und oft ohne direkte Einflußnahme auf Hitler, zwar gewarnt und gebremst, den verhängnisvollen Ablauf der Ereignisse aber nicht aufhalten können²⁴.

So fixiert und eindeutig die letzten Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik waren, so verwirrend und vielfältig war demgegenüber oft das Spiel der taktischen Schachzüge Hitlers, seiner spontanen Improvisationen und momentanen Einfälle. In ihnen die große Linie zu erkennen, fiel Gegnern und Freunden oftmals schwer, insbesondere angesichts der Doppelbödigkeit dieser Politik. Prognosen über die Stoßrichtung seiner ersten außenpolitischen Maßnahmen wagten selbst eingeweihte Beobachter im In- und Ausland nicht abzugeben. Sie fürchteten anfangs vor allem, daß sich der seit langem wegen Grenz- und Volkstumsfragen schwelende polnisch-deutsche Antagonismus zu einem militärischen Konflikt mausern könnte. Seit dem Abschluß des deutsch-tschechoslowakischen Schiedsabkommens im Rahmen der Locarno-Verträge am 16. Oktober 1925 hatten sich dagegen die Beziehungen zwischen Berlin und Prag betont korrekt, streckenweise sogar freundschaftlich, keinesfalls aber herzlich entwickelt²⁵. Anlaß zu einer begründeten revisionistischen Politik Hitlers gegenüber der ČSR war äußerlich, abgesehen von dem flächenmäßig und strategisch unbedeutenden Hultschiner Gebiet, nicht gegeben. Das tief in deutsches Territorium hineingreifende neue Staatsgebilde als wichtige Schaltstation des französischen Sicherheitssystems war jedoch von Anfang an als ständige Gefährdung des Deutschen Reiches empfunden worden. Die Kontakte zwischen den entlang der tschechoslowakischen West- und Nordgrenze siedelnden Sudetendeutschen und ihren bayerischen und sächsischen Landsleuten waren zudem nie besonders rege gewesen. Die Verweigerung einer deutschen Militärhilfe im

Column in Eastern Europe. *Journal of Central European Affairs* 19 (1959/60) 128—148. Die sich mit diesem Fragenkomplex auseinandersetzende Habilitationsschrift von Hans-Adolf Jacobsen ist dem Verfasser zuvor nicht zugänglich gewesen. Sie ist inzwischen unter dem Titel: *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933—1938* im Dezember 1968 erschienen. — Siehe auch Jong, Louis de: *Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg*. Stuttgart 1959 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 4).

²⁴ Die Darstellung des AA unter Neurath durch Gordon A. Craig in: *The Diplomats 1919—1939*. Hrsg. von Gordon A. Craig und Felix Gilbert. Princeton/N. J. 1953, S. 406—436, hat eine heftige Kontroverse ausgelöst. So hat vor allem Donald C. Watt in seinem Aufsatz: *The German Diplomats and the Nazi Leaders*. *Journal of Central European Affairs* 15 (1955/56) 148—160, Bedenken gegen eine Interpretation erhoben, den Einfluß der deutschen Diplomaten auf die Festlegung und Durchführung von Hitlers Außenpolitik unterzubewerten.

²⁵ Brügel, Johann Wolfgang: *Tschechen und Deutsche*. (München) 1967, S. 217 f.

Winter 1918/19 und die betont zurückhaltende Einstellung aller Weimarer Kabinette gegenüber den Anliegen der Sudetendeutschen hatte nicht dazu beigetragen, die traditionelle Ausrichtung nach Wien durch eine Orientierung nach Dresden oder gar Berlin zu ersetzen. Obgleich einige Beschwerden über die Auswirkung der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik in deutschen diplomatischen Kreisen als berechtigt anerkannt und vor dem Völkerbund unterstützt wurden, war man doch weit eher geneigt, die durchaus ernster zu nehmenden Klagepunkte der Deutschen aus Posen oder dem Korridor, denen man sich aus der gemeinsamen „preußischen“ Vergangenheit zusätzlich verbunden fühlte, aufzugreifen und für Abhilfe zu sorgen. Doch die mehr an das Gefühl als an den nüchternen Verstand appellierenden, zugkräftigen Parolen Hitlers und die Versprechungen von neuer nationaler Macht und Größe, Freiheit und Brot fanden auch jenseits der Grenzen unter den nationalistisch aufgewühlten Massen Widerhall, vor allem dann, als sich die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise verstärkt in den von Sudetendeutschen besiedelten Gebieten zu zeigen begannen. Gemeinsame ideologische Grundvorstellungen, im gärenden Wien der Vorweltkriegsjahre von Dr. Karl Lueger und Georg von Schönerer vertreten, trugen dazu bei, daß die nationalsozialistischen Vorstellungen Hitlers erst bei kleineren, nach der Machtergreifung rapide anwachsenden Kreisen einen aufnahmebereiten Boden fanden und sein Ziel, alle in Mitteleuropa lebenden Deutschen in einem „Groß-Deutschland“ zu vereinigen, weite Billigung erfuhr. Dabei trat Hitler nicht für die garantierten Minderheitenrechte der Sudetendeutschen ein, sondern forderte in erster Linie zunächst ihre gehorsame Unterwerfung unter seine Politik, eine Forderung, die der Selbstbestimmung im tschechoslowakischen Staat hinderlich sein mußte. Die Auffassung, „Volksgruppen sind Pfeiler künftiger politischer Baulichkeiten“²⁶, gibt den Worten der Karlsbader Rede Henleins, nämlich dem Anspruch auf Unterordnung des einzelnen Sudetendeutschen unter die „Lebensgesetze seines Volkes“²⁷ erst ihren vollen Sinn und ihre allgemeine Bedeutung. Dennoch wird gerade bei der Beurteilung dieses Gleichschaltungsvorgangs die Historiographie künftig stärker zu differenzieren haben und über die vorschnelle Verurteilung der Volksdeutschen in ihrer Gesamtheit als „Fünfte Kolonne“ hinaus auch ihrer teilweise durchaus gerechtfertigten Forderungen und deren Instrumentalisierung durch Hitler Rechnung tragen müssen.

Durch wahre Meisterleistungen in der Kunst der Propaganda und der Demagogie verstand es Hitler nach der Machtübernahme, sein Regime wenigstens so weit glaubwürdig zu machen, daß eine militärische Intervention der sich bedroht fühlenden Nachbarn unterblieb, gleichzeitig aber auch das von der öffentlichen Meinung des Auslands, vornehmlich in Großbritannien, seit langem empfundene Unbehagen über die Mängel der Friedensverträge

²⁶ Volker, H.: Volksdeutscher Nationalismus. Volk und Reich 10 (1943) 211.

²⁷ Konrad Henleins Rede in Karlsbad, in: Schriften des Deutschen Instituts für außenpolitische Forschung. Heft 4 (Berlin 1938).

vertieft wurde. In immer neuen Varianten betonte Hitler einerseits die grundsätzliche Friedensbereitschaft der nationalsozialistischen Regierung und wies andererseits unmißverständlich auf die unzumutbare Aufrechterhaltung des Status quo hin. Ohne den Verlust wichtiger Positionen zu scheuen, die der glaubhaften Stetigkeit der Weimarer Außenpolitik zu verdanken gewesen waren, nahm Hitler anfangs auch eine außenpolitische Isolation in Kauf. Obwohl seine „Taktik des Nacheinander“ noch mehrfach die Gefahr einer Intervention beschwor und nach dem Verlassen der Abrüstungskonferenz und dem Austritt aus dem Völkerbund am 14. Oktober 1933, nach dem Putsch in Wien am 25. Juli 1934 und nach der Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935 sowohl die öffentliche Meinung als auch die Regierungen der europäischen Demokratien Maßnahmen gegen das Dritte Reich Hitlers forderten und berieten, konnten sie sich doch zu keinem glaubwürdigen und den „Führer“ in die Schrankenweisenden Schritt entschließen. Der Erfolg seiner unkonventionellen, nicht von kleinlichen Rücksichten auf Recht, Ehre und diplomatischen Stil belasteten Maßnahmen schien Hitler Recht zu geben und entzog den Skeptikern in den eigenen Reihen den Boden für jede Kritik, der Opposition jede Möglichkeit für eine erfolversprechende, von der Mehrheit der Bevölkerung gutgeheißene Aktion gegen den Diktator. Die Rückgabe des Saargebiets am 1. März 1935, die überraschende Unterzeichnung des deutsch-britischen Flottenabkommens am 18. Juni 1935, schließlich der Überfall Mussolinis auf Abessinien am 3. Oktober des gleichen Jahres samt der offenkundigen Ohnmacht des Völkerbundes, die beschlossenen Sanktionen durchzuführen, waren die Stationen, die es Hitler ermöglichten, am 7. März 1936 in das entmilitarisierte Rheinland einzumarschieren, die Locarno-Verträge zu brechen und die Verwirklichung seiner großdeutschen Vision in Angriff zu nehmen. Der Zerfall des französischen Paktsystems, dokumentiert in der belgischen Neutralitätserklärung vom 14. Oktober, danach der Abschluß des „Achsen“-Abkommens am 25. Oktober und schließlich die Unterzeichnung des Antikominternpaktes am 25. November 1936 schufen die Voraussetzungen für Hitler, seit Jahresmitte 1937 in das konkrete Planungsstadium für den Anschluß Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei einzutreten. Welche Rolle dabei die CSR in Hitlers außenpolitischer Planung und Taktik zukommt, wird im folgenden eingehender zu untersuchen sein.

Wenn auch der Haß und die Verachtung als Triebmittel der Hitlerschen Politik nicht ausgeschlossen werden dürfen, so war Hitler doch Realpolitiker genug, um sich von seiner seit den Wiener Jugendjahren lebendigen Abneigung gegen die Tschechen nicht bestimmend leiten zu lassen²⁸. Als „Abkömmlinge mongoloider Stämme“ hielt Hitler die Tschechen

²⁸ Boris Čelovský hat in seiner verdienstvollen Monographie: Das Münchener Abkommen 1938. Stuttgart 1958, S. 87, auf dieses Motiv verwiesen. Siehe auch Hitler: Mein Kampf 101, 118 f. und seine Ausfälle bei den „Tischgesprächen“, Pisker: Hitlers Tischgespräche 162, 256, 265, 289, 333, 349, 359, 362–364, 434 f.

der Eigenstaatlichkeit für unfähig; die CSR war für ihn „eben nicht . . . ein innerlich zu einem selbständigen Staat gewordenen Gebilde . . . , sie sei vielmehr über die kulturelle Anlehnung an deutsche Vorbilder hinaus auch in ihrem Wesen ein alter österreichischer Nationalitätenstaat geblieben“²⁹. Die deutsche Tschechoslowakei-Politik ist zudem von der Tatsache negativ beeinflusst worden, daß nicht nur Hitler, sondern auch führende Diplomaten und die öffentliche Meinung in Beneš die Personifizierung all dessen sahen, was die Kriegsniederlage und das System von Versailles an „nationaler Erniedrigung“ über Deutschland hatten hereinbrechen lassen. Selbst in der Weimarer Republik war die vorsichtige, sich auf den Völkerbund, Frankreich und die Kleine Entente stützende Defensivpolitik des tschechoslowakischen Außenministers mit größter Zurückhaltung bewertet worden. Sein kompromißloses vertretenes Konzept des tschechoslowakischen Nationalstaates stempelte ihn in deutschen Augen zum intoleranten Chauvinisten kleinbürgerlicher Prägung und ließ ihn zum Hauptverantwortlichen des integralen tschechischen Nationalismus und der nationalen Bedrückung der Sudetendeutschen werden. Die schon aus den zwanziger Jahren nachweisbaren steten Klagen des sicher nicht vom Nationalsozialismus infizierten Gesandten Koch, Beneš und den Prager Regierungen fehle es am guten Willen in allen Fragen, die Deutschland beträfen, stimmen bedenklich³⁰. Solange der deutsche Außenminister von Neurath als Marginalie auf einen Bericht seines Gesandten über die Aussprache mit Beneš lakonisch vermerken konnte: „Beneš lügt wie üblich“³¹, solange waren die Voraussetzungen für einen echten Ausgleich nach der Machtergreifung wohl nicht mehr gegeben. Beneš hat sich dagegen sowohl als Außenminister als auch als Präsident äußerste Zurückhaltung bei der Bewertung des Nationalsozialismus auferlegt; obgleich vor 1938 nur im Rahmen des Wahlkampfes von 1935 eine öffentliche, wenn auch verklausulierte Verurteilung des Nationalsozialismus nachweisbar ist³², hatte sich bei Hitler aber schon früh die fixe Idee festgefressen, in Beneš und dem von ihm repräsentierten Land auf die unversöhnlichsten Gegner seiner Großraumpolitik zu treffen³³.

²⁹ Picker: Hitlers Tischgespräche 362.

³⁰ Vgl. z. B. DGFP, C, II, 453; III, 477; IV, 128 [If I were to mark all the untruths and half-truths uttered by Beneš in a conversation such as this, I should have to place an exclamation mark in parentheses after almost every sentence]; V, 44.

³¹ DGFP, C, IV, 580, Bericht Eisenlohrs vom 23. Februar 1936. In DGFP, C, V, 284, leitete der deutsche Gesandte seine sonst durchaus objektive Wertung von Beneš mit den Worten ein: „In Deutschland gilt er als der ‚Vater der Lüge‘.“

³² Beneš, Edvard: Gedanke und Tat. Bd. 3. Prag 1936, S. 21; vgl. Čelovský: Das Münchener Abkommen 85.

³³ „Über die Tschechen und Beneš ruhig zu sprechen, war ihm wohl überhaupt unmöglich“, notierte Dolmetscher Paul Schmidt anlässlich einer Schilderung der Besprechung Hitler-Hácha vom 14./15. März 1939 (Statist auf diplomatischer Bühne. Bonn 1949, S. 437.). Die in Hitlers Argumentation immer wieder durchbrechende krankhafte Abneigung gegen Beneš hat ihren Niederschlag mehrfach auch in den Akten zur deutschen auswärtigen Politik gefunden. Solange unsere tschechischen Kollegen eine umfassende, aus dem bisher unerschlossenen

Faszinierend erscheinen daher heute in der Rückschau alle Versuche Hitlers, die wahren Ziele seiner Politik gegenüber der ČSR zu tarnen. In der für sein gesamtes Denken wie kaum eine andere Rede aufschlußreichen Ansprache vor seinen Oberbefehlshabern am 23. November 1939 hat Hitler mit zynischer Offenheit die einzelnen Stufen seiner Politik bis zur Annexion der ČSR und den Krieg gegen Polen nachträglich enthüllt³⁴. Das Grundprinzip hieß Kampf und Krieg, das Ziel Macht. An dem Staat der Tschechen und Slowaken interessierte ihn im Prinzip nur die Westhälfte, die industriell erschlossenen, in ihrer Agrarproduktion fortgeschrittenen und dank ihrer Kohlenlager wirtschaftlich bedeutungsvollen Länder Böhmen und Mähren-Schlesien. Die Slowakei und Ruthenien waren für Hitler vor dem Jahresende 1938 nur insoweit von Bedeutung, als sie dazu herhalten mußten, den Köder für eine Beteiligung Polens und Ungarns an der Liquidation der ČSR abzugeben; danach dienten sie als zusätzliche Basis für die militärische Umklammerung Polens und als Sprungbrett für eine Infiltration in den Donauraum. Hitler hat seine allein aus taktischen Überlegungen diktierte Bündnispolitik nur auf den möglichen Krieg ausgerichtet; in der Theorie wie in der Praxis glaubte er nur in der Aussicht auf einen gemeinsamen Erfolg „im Sinne gemeinsamer Erwerbungen, Eroberungen, kurz einer beiderseitigen Machterweiterung“³⁵ die Voraussetzung für eine auf ein konkretes Ziel angelegte Interessenkoalition zu sehen, die nach dem Abschluß der konkreten Aktion sofort jede Verbindlichkeit verlieren konnte. Das in Teilen sicher nicht unberechtigte Revisionsprogramm Ungarns wurde von Hitler ebenso leichtfertig instrumentalisiert wie die polnische Forderung auf eine Neufestsetzung der Grenze im Bezirk Teschen und in der Javorina. Und mit der gleichen Gewissenlosigkeit war Hitler auch bereit, die Sudetendeutschen, im März 1939 dann die slowakischen Autonomisten als auslösende Faktoren für die von ihm so planvoll vorbereiteten und geschürten Krisen einzusetzen.

Ohne die große Mitverantwortung eines Hans Krebs oder eines Rudolf Jung, eines Konrad Henlein oder gar eines Karl Hermann Frank und ihrer Mitläufer auch nur in Frage stellen zu wollen, erscheint ihre Kollaboration mit Hitler in einem Teil der Geschichtsliteratur eine Überbewertung erfahren zu haben, die diesen Epigonen ganz einfach nicht zukommt. Der ernstzunehmenden Forschung scheint bis heute der Nachweis wohl noch nicht ganz gelungen zu sein, aus ihnen eine mit Wissen und im Auftrag Hitlers seit 1929, spätestens aber seit dem Sommer 1933 und seit der Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront konsequent auf das Auseinanderbrechen der

Quellenmaterial gearbeitete moderne Interpretation der Persönlichkeit und Politik Benešs vorenthalten, dürfte seine Beurteilung wie bisher im Zwielfichtigen stecken bleiben. Einen guten Ansatz zum besseren Verständnis der Politik Benešs während des Höhepunktes der Münchner Krise bietet jetzt Lvová, Míla: Mnichov a Edvard Beneš [München und Eduard Beneš]. Prag 1968.

³⁴ Text nach: Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946. (künftig: IMT) Bd. 26, S. 327 ff.

³⁵ Hitler: Mein Kampf 697, vgl. auch 749.

ČSR hinarbeitende „Fünfte Kolonne“ zu machen. Dadurch sollen die belegbaren subversiven Kontakte nicht beschönigt oder gar weginterpretiert werden. Das Phänomen, wie eine von einem anfangs politisch Unbekannten und Unerfahrenen wie Henlein geführte Bewegung in einem demokratischen Staat, dessen Bürger die Auswirkungen der totalitären Herrschaft im Nachbarlande selbst verfolgen, am Schicksal der Emigranten nacherleben und ohne Beschönigung in ihren Presseorganen nachlesen konnten, sich trotz der steten Verbotsdrohung und der innerparteilichen Richtungskämpfe innerhalb von achtzehn Monaten zur stimmenstärksten Partei zu entwickeln vermochte, hat auch ein so belesener und engagierter Publizist wie Johann Wolfgang Brügel nicht überzeugend erklären können. Erst nach ihrem Wahlsieg hat Hitler die Einsatzfähigkeit und Manipulierbarkeit der SdP und ihrer Führer für die Ziele seiner Politik erkannt und einzusetzen begonnen. Die bescheidenen Summen, die gegen die Bedenken des Auswärtigen Amtes und des Prager Gesandten Koch auf persönliche Anweisung Hitlers im Winter 1933/34 zur Deckung der Verteidigungskosten sudetendeutscher Nationalsozialisten und zur Linderung der persönlichen Not ihrer Familien in die ČSR transferiert wurden³⁶, stellten, obwohl humanitären Zwecken dienend, immerhin bereits einen Eingriff in die Innenpolitik eines souveränen Staates dar. Doch erst nach dem überraschenden Wahlsieg Henleins und seinen — von ihm sicher übertriebenen — Erfolgen in England, wurde die SdP, zuvor eine *quantité négligeable*, zu einem wirkungsvollen Faktor in Hitlers außenpolitischem Kalkül. Erst im Frühjahr 1935 hielt man in Berlin die Zeit für gekommen, alle Ausfälle gegen Henlein in der deutschen Presse einzustellen³⁷, ihn seit dem Frühsommer 1936 auch gegen die Angriffe und Verdächtigungen aus den eigenen Reihen von Berlin aus in Schutz zu nehmen³⁸, nach langwierigen Beratungen die Wahlkampfausgaben von 331 711,30 RM zu tragen, das Startkapital für eine Tageszeitung der SdP in Höhe von 250 000,— RM bereitzustellen und zur Deckung der laufenden Kosten der Parteiarbeit monatlich 15 000,— RM beizusteuern³⁹.

Will man von einer sehr fragwürdigen „Quelle“ absehen, dann hat Hitler Henlein nachweislich erst während der Olympischen Spiele, am 13. August 1936, zu einer ersten kurzen Aussprache empfangen und ihm seine Sympathie für die Lage der Sudetendeutschen ausgedrückt⁴⁰. Als Fazit seiner Versprechen im Auswärtigen Amt mußte Henlein den Eindruck gewinnen, daß deutscherseits — jedenfalls nach den Worten Neuraths — in „aller-

³⁶ DGFP, C, II, 128, 132, 137, 180. Siehe auch Pol. Archiv AA Film 9556/E 672742—44 und E 672747 sowie Film 9542/E 672360—61.

³⁷ DGFP, C, III, 525.

³⁸ DGFP, C, V, 353, 364, 372.

³⁹ Die meisten der die finanziellen Transaktionen zwischen der SdP und verschiedenen Reichsstellen betreffenden Unterlagen sind auf dem Film 6144 enthalten. In den publizierten Aktenbeständen finden sich Hinweise in den DGFP, C, III, 482, 509; IV, 99, 119, 285, 320, 357, 413, 512; V, 599.

⁴⁰ DGFP, C, V, 508. Vgl. die Interpretation Brügels: Tschechen und Deutsche 287 f. und Anm. 63.

nächster“ oder „absehbarer“ Zeit nicht daran gedacht wurde, die sudetendeutsche Frage „mit dem Schwerte“ zu lösen. Aus Henleins „Bericht für den Führer und Reichskanzler über aktuelle Fragen der deutschen Politik in der Tschechoslowakischen Republik“ vom 19. November 1937 läßt sich unschwer entnehmen, daß er nicht über den Inhalt der zwei Wochen zuvor abgehaltenen „Hoßbach-Konferenz“ informiert war und er Hitler zu einem Eingreifen zu pressen versuchte⁴¹. Jedoch erst als nach dem Anschluß Österreichs die Weichen eindeutig auf die baldige Zerschlagung der ČSR ausgerichtet wurden, ist Henlein von Hitler am 28. März 1938 in seine konkreten Aufgaben eingewiesen worden⁴². Dennoch wird von einer selbständigen oder staatsloyalen Politik der SdP nach ihrem Wahlerfolg vom Mai 1935 keinesfalls gesprochen werden können⁴³.

Nach dem bisher Angeführten muß nicht noch besonders betont werden, daß das von Hitler bereits am 14. August 1920 abgegebene Versprechen, „daß wir niemals die Deutschen in der Tschechei im Stich lassen werden, und, wenn es gilt, in jeder Stunde bereit sind, ihnen zu helfen“⁴⁴, für den „Führer“ im Grunde genommen aus taktischen Erwägungen daher ebenso wenig Gewicht besaß wie seine seit der Reichstagsrede vom 23. März 1933 in zahllosen Varianten wiederholte Versicherung: „Das Schicksal der Deutschen außerhalb der Grenzen des Reiches, die als besondere Volksgruppen innerhalb fremder Völker um die Wahrung ihrer Sprache, Kultur, Sitte und Religion kämpfen, wird uns stets bewegen, mit allem zu Gebote stehenden Mitteln für die den deutschen Minderheiten garantierten internationalen Rechte einzutreten“⁴⁵. Schon eine Woche nach der Machtergreifung hatte Hitler den tschechoslowakischen Gesandten Dr. Vojtěch Mastný empfangen und nach dem Hinweis, keine Beziehungen zu der seit dem „Volkssport-Prozeß“ bedrohten DNSAP zu pflegen, betont, daß er „freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarn wünscht“⁴⁶. Seine Bereitschaft, sich „über alle schwierigen Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur mit den anderen Nationen friedlich und vertraglich auseinanderzusetzen“, drückte er dann

⁴¹ ADAP, D, II, 23; Čelovský: Das Münchener Abkommen 116 f.

⁴² ADAP, D, II, 107.

⁴³ Henleins zu Jahresbeginn 1939 „Um die europäische Neuordnung“ und am 4. März 1941 vor der Wiener Verwaltungsakademie (Wortlaut in: Das größere Reich. Berlin 1943, S. 36—52) öffentlich abgegebene Rechtfertigungs- und Glorifizierungsversuche dürfen nicht dazu verleiten, in ihm von Anfang an einen auf Biegen und Brechen eingeschworenen Gefolgsmann Hitlers zu sehen. Vgl. die Interpretation Čelovskýs: Das Münchener Abkommen 117 f. und von Brügel: Tschechen und Deutsche 256—258.

⁴⁴ Deuerlein, Ernst: Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr. VfZ 7 (1959) 214, Dok. 23.

⁴⁵ Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Bd. 1: Triumph (1932—1938). Neustadt/Aisch 1962, S. 229—237, hier S. 236.

⁴⁶ Berber, Fritz (Hrsg.): Europäische Politik 1933—1938 im Spiegel der Prager Akten. Essen 1942, S. 20.

am 17. Mai 1933 in seiner sogenannten „Friedensrede“ aus⁴⁷, unternahm aber gleichzeitig alle Anstrengungen, durch eine geheime Aufrüstung die machtmäßigen Voraussetzungen für seine Politik der Stärke zu schaffen. Als sich Hitler am 14. Oktober stark genug fühlte, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten, wodurch der erste Keil in das kollektive Völkerbundssystem geschlagen wurde, erklärte er sich willens, zur Sicherung des Friedens in Europa „auf längste Sicht“ kontinentale Nichtangriffsverträge abzuschließen⁴⁸. Bei allen schwerwiegenden Eingriffen in das System der kollektiven Sicherheit wiederholte Hitler diese angebliche Bereitschaft, durch bilaterale Abkommen, die von ihm bei der Stärke des deutschen Wirtschafts- und Rüstungspotentials nach Abschluß der Wiederaufrüstung nach Belieben zu manipulieren sein mußten, die zerbrochenen Bündnisfronten zu ersetzen. Dem besonders von Beneš und Barthou geförderten Ostpakt, der durch ein „Ost-Locarno“ zu einer Beruhigung in Ostmitteleuropa beitragen und jede deutsche Expansion vorbeugend ausschließen sollte, stellte Hitler ebenso sein Veto entgegen wie den als schwachen Ersatz dafür vornehmlich vom tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Hodža seit 1936 geförderten nebulösen Plänen einer Donauföderation oder eines gemeinsamen mitteleuropäischen Wirtschaftspools⁴⁹. Nach der Einführung der Wehrpflicht ließ Hitler die Welt vom Rostrum des Reichstags am 21. Mai 1935 erneut wissen, er lehne multilaterale Nichtangriffspakte ab und hege nicht die Absicht, Österreich zu annektieren oder die verbliebenen Vertragsbestimmungen des Locarno-Paktes nicht einzuhalten. Mit der Anprangerung der Torheit des Krieges und mit dem Bekenntnis zum Frieden verband er die Bereitschaft, in zweiseitigen Abkommen die Sicherheit der Nachbarn des Reiches zu garantieren⁵⁰. Nach dem Einmarsch in das Rheinland legte Hitler am 7. März 1936 dem Reichstag ein Memorandum vor, in dem er im Punkt 6 sein Angebot „wiederholt[e], mit den im Osten an Deutschland angrenzenden Staaten ähnlich wie mit Polen Nichtangriffspakte abzuschließen“⁵¹. Trotz dieser fortsetzbaren Kette angeblicher Hitlerscher Ausgleichsbereitschaft kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß er den Abschluß eines Nichtangriffs-

⁴⁷ Domarus: Hitler 270—278.

⁴⁸ Aufruf der Reichsregierung an das Deutsche Volk vom 14. Oktober 1933, Text nach Domarus: Hitler 307.

⁴⁹ Zum Ostpakt siehe Scott, William E.: *Alliance Against Hitler*. Durham/N. C. 1962; eine moderne Untersuchung der Donauföderationspläne und ihrer möglichen Ersatzlösungen steht noch aus.

⁵⁰ Domarus: Hitler 270—278; Schultheß' *Europäischer Geschichtskalender* 1935, S. 99—124; vgl. DGFP, C, IV, S. 172 f. Dem deutschen Gesandten wurde jedoch schon vier Tage danach offiziell mitgeteilt, die Reichsregierung wäre „not in the least concerned to give the impression that we desire any such political agreement with Czechoslovakia. There still remains no question whatever of any initiative on our part“. DGFP, C, IV, 105.

⁵¹ Domarus: Hitler 583—597, hier S. 595. Vgl. auch Hitlers Interview mit Ward Price in der *Daily Mail* vom 11. März 1936.

vertrags mit der ČSR nie ernsthaft in Erwägung gezogen hat. Dabei bleibt die Zahl seiner „Angebote“ an Prag umstritten⁵². Zwei dieser Sondierungen — die des deutsch-baltischen NSDAP-Funktionärs Sergius Wiegand von Hohen-Aesten im November 1933 und die weit ernster zu nehmende von Albrecht Haushofer und dem Grafen zu Trautmannsdorff im Winter 1936/37 — haben ihren Niederschlag in den Akten gefunden und zeigen die erschreckende Charakterlosigkeit von Hitlers außenpolitischen Methoden einmal mehr auf⁵³. Die nach jedem der von Hitler hinausposaunten Friedensangebote unternommenen Fühlungen der tschechoslowakischen Diplomatie in Berlin wurden jedoch entweder auf die lange Bank geschoben, blieben unbeantwortet oder erfuhren in unkorrekten Begründungen eine Ablehnung⁵⁴. Die in der prekären Situation nach der Rheinlandbesetzung am 31. März 1936 ausgesprochene Bestätigung der Weitergeltung des deutsch-tschechoslowakischen Schiedsvertrags aus dem Jahre 1925⁵⁵ war das einzige greifbare und, wie die auf eine Umgehung des Abkommens zielenden Überlegungen des AA im Mai 1938 zeigen⁵⁶, nicht einmal ehrlich gemeinte Resultat dieser Hitlerschen „Friedensoffensive“. Das von Beneš so geduldig und kunstvoll aufgebaute Spinnennetz der Verträge und Abkommen hat zudem eine bilaterale Abmachung nach dem Vorbild des deutsch-polnischen Nichtangriffsvertrags vom 26. Januar 1934 erschwert, wenn auch nicht von vornherein unmöglich gemacht. Die nach der Machtergreifung Hitlers mit dem Abschluß des Organisationsstatuts der Kleinen Entente am 16. Februar 1933 beginnende Kette von zusätzlichen Absicherungen, die in der Unterzeichnung der sowjetisch-tschechoslowakischen Defensivallianz vom 16. Mai 1935 ihren

⁵² Siehe dazu Čelovský: Das Münchener Abkommen 88—90.

⁵³ Gerhard L. Weinberg besitzt das Verdienst, in seinem Aufsatz: Secret Hitler-Beneš Negotiations in 1936/37. JCEA 19 (1959/60) 366—374, auf die weitaus ernster zu nehmende zweite Sondage hingewiesen zu haben. Die weiteren Publikationen basieren auf dem von ihm erschlossenen Material. Siehe Šnejdársek, Antonín: Tajné rozhovory Beneše s Německem v letech 1936—1937 [Benešs Geheimgespräche mit Deutschland in den Jahren 1936—1937]. ČSČH 9 (1961) 112—116; Pułaski, Michał: Tajne rokowania czechosłowacko-niemieckie o pakt nieagresji w latach 1936—1937 [Tschechoslowakisch-deutsche Geheimberatungen über einen Nichtangriffspakt in den Jahren 1936—1937]. Przegląd zachodni 20 (1964) 245—263. Pułaski ist in seinem Buch: Stosunki dyplomatyczne polsko-czechosłowacko-niemieckie od roku 1933 do wiosny 1938 [Die polnisch-tschechoslowakisch-deutschen diplomatischen Beziehungen vom Jahr 1933 bis zum Frühjahr 1938]. Posen (1967), auf beide Kontaktaufnahmen eingegangen. Ausführlich ist auch die Studie von Kvaček, Robert / Vins, Václav: K německo-československým sondážím ve třicátých letech [Über deutsch-tschechoslowakische Sondierungen in den dreißiger Jahren]. ČČH 14 (1966) 880—896. Siehe jetzt auch die von Robert Kvaček in dem Artikel: Tajná epizoda [Geheime Episode]. Listy Nr. 3, vom 23. Jan. 1969 publizierten Dokumente. — Die Darstellung Brügels: Tschechen und Deutsche 348 f. und 355—361 kann nicht überzeugen.

⁵⁴ In den DGFP, C, II und V finden sich, besonders für den Zeitraum Oktober 1933 — Februar 1934 und März 1936 — Oktober 1936 zahlreiche Dokumente, die als Beweis für die deutsche Hinhalt-Taktik dienen können.

⁵⁵ DGFP, C, V, 148, 268 und Film L 987/L 283887.

⁵⁶ Brügel: Tschechen und Deutsche 374 f.

Abschluß fand, hätte kaum mit den Vorstellungen Hitlers von einem „Bündnis“ in Einklang gebracht werden können⁵⁷. Gerade dieser Pakt zwischen der UdSSR und der ČSR hat Prag im Endeffekt mehr geschadet als Nutzen gebracht, da Goebbels und Rosenberg von jetzt ab nicht müde wurden, in ihrer Propaganda die Tschechoslowakei als „Flugzeugmutterschiff Sowjet-Judäas“⁵⁸ zu verketzern und die krankhafte Furcht einiger westlicher Politiker vor einem Festsetzen des Bolschewismus in Mitteleuropa zu schüren. Die Verbindung der Militärklauseln dieses Vertrags mit dem tschechoslowakisch-französischen Abkommen vom 16. Oktober 1925 hat zudem seine Wirksamkeit von Anfang an eingeschränkt; nach der Entwertung der französischen strategischen Ausgangsposition durch die Besetzung des Rheinlandes, die belgische Neutralitätserklärung und die wachsende Abhängigkeit Frankreichs von der britischen „appeasement-policy“ wäre eine sowjetische Militärhilfe bei dem Fehlen gemeinsamer Grenzen mit der ČSR sowieso nur beschränkt möglich gewesen. Ob — und wie weit — Beneš selbst in der Tuchačevskij-Affaire unbewußt als Handlanger der deutschen Abwehr zu einer Schwächung der Roten Armee im entscheidenden Zeitpunkt beigetragen hat, steht hier nicht zur Debatte.

Doch die von der tschechoslowakischen Außenpolitik stark überbewertete Interessengemeinschaft der Kleinen Entente zerfiel, bevor sie noch der ersten Belastung ausgesetzt wurde. Die von Hitler geheuchelte Sympathie für ihr Revisionsprogramm ließ die ungarische Regierung unter Gyula Gömbös seit Mitte 1935 stärker Anlehnung an das Dritte Reich suchen und führte unter Kálmán von Darányi zu einer Konzentration der magyarischen Forderungen auf die ČSR hin. Die Unterstützung von Mussolinis Abessinien-Abenteuer trug Hitler die stillschweigende Billigung des Duce für die österreichischen Anschlußpläne ein; die überraschend erzielte Vereinbarung vom 11. Juli 1936 zwischen Berlin und Wien, das Papen-Schuschnigg-Abkommen, schuf die Voraussetzung für die „Achse“ und legte die Grundlage für das gemeinsame Engagement im Spanischen Bürgerkrieg. Die vorläufige Zurückhaltung Hitlers gegenüber Becks ehrgeizigem Konzept eines von Polen dominierten „Dritten Europa“ schloß den Ring der ungleichen Partner um die ČSR.

Die verantwortlichen tschechoslowakischen Politiker haben diese Bedrohung zwar von Anfang an erkannt, aber — im Vertrauen auf ihre Verbündeten überheblich — sowohl außen- als auch innenpolitisch nicht immer ausreichende Abwehrmaßnahmen eingeleitet. Ob das am 18. Februar 1937 zwischen der Regierung Hodža und den loyalen deutschen Parteien abgeschlossene sogenannte „Aktivisten-Abkommen“ wirklich die vor dem Anheizen der Konfliktsituation durch Hitler optimalste der möglichen Lösungen war, bleibe dahingestellt; die weitverbreitete Auffassung, daß das verspätete und

⁵⁷ Zur Interpretation von tschechoslowakischer Seite vgl. z. B. DGFP, C, IV, 89, 429, 580; von deutscher Seite 105.

⁵⁸ So Alfred Rosenberg am 10. September 1936 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg. Siehe DGFP, C, V, 550, 587; aber auch IV, 359.

unzureichende Eingehen auf die Forderungen der deutschen Minderheit Wasser auf die Mühlen der Henlein-Bewegung und damit direkt Hitlers gewesen sei, besitzt jedenfalls Überzeugungskraft. Auch bei der Beilegung der vom Deutschen Reich mit zunehmender Schärfe monierten zwischenstaatlichen Klagepunkte ließen sich die tschechoslowakischen Behörden Zeit. Sowohl 1933/34 als auch 1936 erweckte die Prager Außenhandelspolitik den Eindruck, einen auf einen Wirtschaftsboykott des Reiches hinzielenden Kurs zu steuern⁵⁹. Schon vor der Durchführung der Rheinlandbesetzung häuften sich im AA die Berichte, die ČSR sei mit französischer Unterstützung darauf aus, die deutschen Wirtschaftsinteressen auf dem Balkan zu beschneiden und durch den Abschluß von Meistbegünstigungsverträgen Österreich wirtschaftlich und als Folge politisch eng mit der Kleinen Entente zu liieren⁶⁰. Als dann Mitte März 1936 — auf ihren Wahrheitsgehalt nicht überprüfbare — Informationen an das Auswärtige Amt gelangten, Beneš habe sich für Sanktionen ausgesprochen und vertrete die Auffassung, die innenpolitische Lage im Deutschen Reich sei so kritisch, daß Hitler durch einen Finanz- und Wirtschaftsboykott zur Zurücknahme der Rheinlandbesetzung gezwungen, wenn nicht sogar sein Regime gestürzt werden könne, rückte die ČSR einmal mehr zur Hauptzielscheibe der Goebbels'schen Propaganda auf.

Dieser Pressekrieg hatte in seiner ganzen Schärfe jedoch schon vor 1933 eingesetzt. Vielen demokratisch gesinnten Deutschen, besonders von der Linken, bot die ČSR ihre Gastfreundschaft an und ermöglichte ihnen auch, sich publizistisch gegen die Papen-Schleicher-Regierung, danach konzentriert gegen Hitler zu wenden. Das Parteienverbot und die anlaufende Judenverfolgung ließen immer mehr Emigranten in der ČSR um Asyl nachsuchen. Die wütenden Angriffe auf deutscher Seite führten schon im Juni 1933 zum Verbot von 98 deutschen Zeitungen in der ČSR; der deutsche Gesandte Koch klagte, daß es zu einer „beiderseitigen vollständigen Blockade“ gekommen sei⁶¹. Die Verhaftungs- und Prozeßwelle gegen reichs- und sudetendeutsche Nationalsozialisten in der ČSR und die deutschen Vergeltungsmaßnahmen gegen tschechoslowakische Staatsbürger ließen die deutscher- wie auch tschechischerseits erklärte Bereitschaft, die angeblich korrekten Beziehungen zu freundschaftlichen Kontakten ausbauen zu wollen, unglaublich werden⁶². Den mehrfachen Mahnungen Kochs, die deutsche Rundfunk- und Pres-

⁵⁹ Am 8. März 1933 stellte die Tschechoslowakische Nationalbank ihre Zahlungen an das Deutsche Reich ein; das am 17. März ausgesprochene Transferierungsverbot wurde nach der Unterzeichnung eines deutsch-tschechoslowakischen Devisenaustauschabkommens aufgehoben. Vgl. DGFP, C, I, 110 und Film 9618/E 678879—92. Vgl. auch den Bericht des verantwortlichen AA-Sachbearbeiters Hüfner nach einer Prag-Reise Anfang Januar 1934, DGFP, C, II, 180 und 453.

⁶⁰ DGFP, C, IV, 543, 559; V, 129.

⁶¹ DGFP, C, I, 326. Vgl. auch 334, 364, 429; II, 56.

⁶² Vgl. die Wirkung des Empfangs von Mastný durch Hitler am 14. Juli 1933, DGFP, C, I, 366, und die Erklärung Beneš vor dem Parlament am 31. Oktober 1933, in Auszügen zit. bei Čelovský: Das Münchener Abkommen 84f. Siehe auch DGFP, C, II, 56 und Film 9147/B 643359—60.

sekampagne gegen die ČSR zu mäßigen und von dem Einschleusen nationalsozialistischer Propagandaliteratur Abstand zu nehmen, war nur ein Teilerfolg beschieden⁶³. Immerhin wurde nach diskriminierenden Angriffen auf Masaryk „Der Stürmer“ im August 1934 für zwei Wochen verboten⁶⁴. Der SD schreckte vor Mord nicht zurück, um Stimmen des Protests gegen den nationalsozialistischen Terror zum Schweigen zu bringen: in der Nacht vom 23. zum 24. Januar 1935 wurde der Sprecher Rudolf Formis des von Otto Strasser eingerichteten Geheimsenders in Záhová von einem Kommando unter Alfred Naujoks erschossen⁶⁵. Als es die Prager Regierung Malypetr jetzt an der Zeit fand, ein von deutscher Seite seit 1933 mehrfach gewünschtes „Maulkorbgesetz“ für Emigranten zu erwägen, war Berlin an einer korrekten Lösung nicht mehr interessiert⁶⁶. Zu sehr schon hatte sich die gelenkte deutsche Presse auf die Tschechoslowakei eingeschlossen; Goebbels selbst hatte sudetendeutschen Nationalsozialisten wie Karl Viererbl die Spalten des „Völkischen Beobachters“ geöffnet. Die plötzliche Einstellung der Presseattacken im März 1937 bedeutete nur eine vorübergehende Ruhe vor dem Sturm: im Zusammenhang mit dem Zwischenfall von Teplitz-Schönau im Oktober/November 1937 und dann intensiv ab Ende Mai 1938 war keine Meldung zu unbedeutend, um, über Gebühr und Glaubwürdigkeit aufgebauscht, die ČSR und ihre Regierungsform zu verleumden.

Die bisher angeführten Beispiele für die Unterwanderung der Volkstumsfragen durch die Expansionspolitik haben hoffentlich deutlich werden lassen, daß die Methode der nationalsozialistischen Außenpolitik gegenüber der ČSR allein in diplomatisch-politischen, wenn auch noch so unüblichen Kategorien nicht zu erfassen ist. Joachim Leuschner hat in seiner klugen Studie „Volk und Raum“ auf die schwer definierbare, sich jedoch steigernde Begriffsreihe in Hitlers Terminologie hingewiesen: ethnographisch — politisch — territorial — total⁶⁷. Hitlers eigener Gebrauch rechtfertigt eine weitgehende Gleichsetzung der Begriffe politisch und territorial; konkret bedeutete „Politik“ für Hitler unbeeinflusst von Volkstumsfragen Territorialgewinn, ihr Ziel war Eroberung. Der sonst verschwommen und vieldeutig verwendete Begriff des Totalen zielte im Falle der ČSR unverhüllt auf die Liquidierung des Staates oder wenigstens auf das Herausbrechen der Tschechoslowakei aus einem starken europäischen Paktsystem. Die erstrebte „totale Lösung“ entsprach methodisch der Totalisierung der Praktiken.

Während Hitler immer glaubte, den Anschluß Österreichs „friedlich“ oder wenigstens auf dem Weg einer nationalsozialistischen Regierungs-

⁶³ DGFP, C, I, 488; II, 68, 330, 355, 361.

⁶⁴ DGFP, C, III, 81 und Film 9559/E 672942.

⁶⁵ DGFP, C, III, 477 und Film 9140/E 642645.

⁶⁶ Siehe dazu DGFP, C, III, 480, 504, 523; IV, 128 und Film 8911/E 621990—94; E 622009—10; E 622040/42.

⁶⁷ Leuschner, Joachim: Volk und Raum. Zum Stil der nationalsozialistischen Außenpolitik. Göttingen (1958), S. 41 f.

übernahme krypto-legal erreichen zu können, ohne dabei auf Gewaltanwendung prinzipiell zu verzichten, war er fest überzeugt, daß sich die Zerschlagung der ČSR nur durch Krieg werde herbeiführen lassen. Zu fest verankert war seine These, daß neuer Landerwerb für Deutschland nur durch Bluteinsatz möglich sei⁶⁸. Die Politik war für ihn zu einem Mittel des Krieges abgesunken. Im Kampf sah er „das Schicksal aller Wesen“. Rückblickend auf das Jahr 1935 bezogen erklärte Hitler am 23. November 1939: Grundsätzlich habe ich die Wehrmacht nicht aufgebaut, um nicht zu schlagen⁶⁹. Wenn auch die Bedeutung der frühen, rein defensiv angelegten militärisch-strategischen Generalstabsplanungen nicht zu hoch angesetzt werden darf⁷⁰, so rechnete die sogenannte Studie „Schulung“ vom Mai 1935 bereits mit einem Angriff in südöstlicher Richtung; über „operative Studien“ hinaus wurde von diesem Zeitpunkt ab „der Eintritt in praktische Kriegsvorbereitungen“ für möglich erachtet. Ging Blombergs „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung“ vom 24. Juni 1937 noch von einer gewohnheitsmäßigen operativen Studie und nicht von konkreten Absichten aus, so waren Stoßrichtung und Gegner jedoch bereits eindeutig definiert: „Das Endziel besteht in einem planmäßig im Frieden vorbereiteten strategischen Überfall der Tschechoslowakei, der ... in Ausnutzung der völkischen Zersplitterung die Tschechoslowakei in kurzer Zeit zum Erliegen bringt“⁷¹. Der „Nachtrag“ vom 7. Dezember 1937 berücksichtigte bereits das von Hitler am 5. November in der „Hoßbach-Konferenz“ entwickelte Programm. Die konkrete, allein auf die Zerschlagung der ČSR gerichtete und nun in alle Einzelheiten gehende strategisch-militärische Planung begann mit der Besprechung über die „Grundlagen zur Studie ‚Grün‘“ zwischen Hitler und Keitel am 21. April 1938⁷², erreichte ihren Höhepunkt in Hitlers bereits zitierter lapidarer Erklärung: „Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine Militäroperation zu zerschlagen“⁷³, und fand in den minutiös ausgearbeiteten Operationsplänen vom August und September 1938 ihren makabren Niederschlag⁷⁴. Dem Ärger darüber, daß die noch am 20. September bekundete eigene Entschlossenheit, „die tschechische Frage selbst auf die Gefahr eines Weltkriegs zu lösen“⁷⁵, durch das Ultimatum der Westmächte und das erzwungene Nachgeben der ČSR nicht in die Realität umgesetzt werden konnte, hat Hitler mehrfach Ausdruck verliehen. Einmal mehr wird hier auch eine klare Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Volkstums-, Expansions- und Kriegspolitik gegeben: Nicht etwa die Befreiung der deutschen Volksgruppen ist das Ziel der Hitlerschen Außenpolitik gewesen, nicht die vernünftige friedliche Regelung von nationa-

⁶⁸ Hitler: *Mein Kampf* 739 f.

⁶⁹ IMT, XXVI, 327 ff.

⁷⁰ Siehe Čelovský: Das Münchener Abkommen 90 f.

⁷¹ IMT, XXXIV, 732 ff.

⁷² ADAP, D, II, 133.

⁷³ ADAP, D, II, 221.

⁷⁴ Vgl. z. B. nur ADAP, D, II, 388.

⁷⁵ ADAP, D, II, 554.

litätenrechtlichen Fragen, nicht die Autonomie für die Sudetendeutschen, nicht einmal mehr die Angliederung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich, sondern ausschließlich die Zerschlagung der CSR als Glied einer gegen Deutschland gerichteten Koalition, die Erprobung des Raumes und die zwangsweise Aussiedlung oder Germanisierung seiner nichtdeutschen Bewohner.

Durch die Immobilität der Verteidiger des Status quo begünstigt, hat Hitler mit den ihm im Versailler Vertrag gegebenen Waffen, dem Schlagwort des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ und dem „ungerechten Frieden“, im Abkommen von München und in der Errichtung des Protektorats Böhmen-Mähren innerhalb von sechs Jahren das erreicht, was er in seinem Kampf-Buch als erstes Ziel seiner Außenpolitik angeführt hatte. Die an sich einander widersprechenden Begriffe „Selbstbestimmungsrecht“ und „Imperialismus“ wurden von Hitler verschmolzen und sind wie die Instrumentalisierung der Nation und der Volksgruppen nur ein Beispiel für den allgemeinen Vorgang der Mittelsetzung politischer Ziele. Hinter der notdürftigen ideologischen Verbrämung schimmerten jedoch immer wieder die wahren Ziele und Methoden der Hitlerschen Außenpolitik durch. Hinter den außenpolitischen Schlagworten „Reich“ und „Raum“ verbarg sich das Leitmotiv des „Totalen“, des Unbegrenzten, des Kampfes und Krieges um den „Lebensraum“. Die kleinen Völker Europas hatten sich dem „Führervolk des Großraums auf Gedeih und Verderb“ auszuliefern⁷⁶. Dahinter stand Hitlers unbändiges Streben nach der Macht, der Macht als solcher, ungebunden durch Sitte und Recht, durch Klugheit oder politische Opportunität. Hitler wollte totale Macht. Unbegrenzt waren seine Ziele, unbeschränkt die Methoden seiner Politik. Nach dem rücksichtslos durchgesetzten Prozeß der inneren Machtergreifung, durch den die bei jeder künftigen außenpolitischen Krise erneut aufflackernden Widerstandsversuche im Keime erstickt werden konnten, verstand es Hitler, die lockere Interessenkoalition der Gegner Zug um Zug auszumanövrieren und das anfangs verfolgte transitorische Abschirmungskonzept durch die ursprüngliche Konzeption gewaltsamer Revision und schließlich Expansion zu ersetzen. Doch gerade das Gelingen dieser inneren Machtergreifung, das erst die Voraussetzung für Hitlers maßlose Raum- und Ausrottungspolitik schuf, sollte die deutsche Selbsterkenntnis zuerst nach der Eigenverantwortung fragen lassen, bevor die fragwürdige tschechoslowakische Nationalitätenpolitik, das Scheitern des Systems der kollektiven Sicherheit und das Versagen der kränklichen „appeasement-policy“ als gewiß äußerst bedeutsame Faktoren zur Erklärung von Hitlers Tschechoslowakei-Politik und der planvollen Entfesselung des Zweiten Weltkriegs herangezogen werden.

⁷⁶ Kluge, Paul: Nationalsozialistische Europaideologie. VfZ 3 (1955) 272.